

Vorzeitung und Elbgaupresse

Tageszeitung

Verlags-Kaufhaus: Amt Dresden Nr. 31307

Post-Konto: Kgl. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz

der Amtshauptmannschaften Dresden-Altst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendenten Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegau.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—, durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—, bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz Sonntag, 5. September 1920.

Anzeigen-Preis: die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Tertiale die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Die Politik der verflochtenen Woche.

Auch in verflochtenen Woche haben die Ereignisse in Oberschlesien die Gemüter noch erregt und diese Erregung liegt, als die französische Regierung sich wegen Erfüllung des französischen Konsulats in Breslau veranlaßt sah, eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in welcher sie mahlohe Forderungen stellte. Wie diese Note erledigt wird, werden die nächsten Tage, vielleicht Stunden zeigen, da das Reichskabinett tagtäglich darüber Beratungen abhält. Man ist aber wohl nicht zu schartz, wenn man sagt, daß die französische Note direkt unerschämte Forderungen stellt, Forderungen, welche eigentlich von Deutschland gar nicht erfüllt werden können, wenn man sich nicht vollständig demütigen und als Sklave Frankreichs gelten will. Es muß bei Beurteilung dieser Note immer daran erinnert werden, daß Frankreich indirekt eigentlich selbst die Schuld an den gewiß bedauerlichen Vorfällen in Breslau hat. Wäre es nicht parteiisch in Oberschlesien vorgegangen und hätte es sich nicht auf die Seite der Polen gestellt, sondern diese in ihre Schranken zurückgewiesen, wäre die Volksbitterung nicht eingetreten. Dieser Ansicht war man auch im Auswärtigen Amt. Von verschiedenen Seiten war berichtet worden, daß in Oberschlesien Dinge eingetreten sei. Dem scheint aber doch nicht so zu sein, denn fast täglich kommen Meldungen, daß die Polen sich Uebergriffe erlauben. Interessant war, was der Abg. Freiherr v. Albedroden (Dtich. Sp.) im Auswärtigen Amt über die letzten Ereignisse hat sich die allgemeine Lage in Oberschlesien leider sehr zu unseren Ungunsten verändert. Die deutsche Bevölkerung ist in unerhörter Weise terrorisiert und an Leib und Gut geschädigt worden. Die Verichte der ober-schlesischen Mächtlinge, von denen nur ein kleiner Teil durch die Presse bekannt geworden ist, geben einen erschütternden Bild und genügen vollkommen, um die Erregung der Menge bei der Breslauer Protestversammlung zu verstehen, und die Behauptungen müßten energisch zurückgewiesen werden, daß dabei irgendwelche „Dege der Reichspartei“ im Spiel gemeint wäre. Gerade in Breslau werde durch die sozialdemokratische Partei übrigens in ganz besonders harter Weise gegen die bürgerlichen Parteien gehetzt. Wenn der Abg. Zweidemann zur Wählung auffordert, so sollte dort einmal zuerst damit angefangen werden. Es sei ganz falsch, in effizienten Telegrammen und Artikeln von Entspannung in Oberschlesien zu sprechen, im Gegenteil dauere ein unerhörter Spannungszustand fort; eine Volksabstimmung würde unter solchen Verhältnissen zur Hölle werden und könnte von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse niemals als rechtmäßig anerkannt werden. Die Regierung müsse mit aller Klarheit und Schärfe den Grundiaz vertreten, daß vor der Abstimmung erst die Freiheit der politischen Meinungsäußerung hergestellt werde, ein Zustand, von dem wir heute weiter als je entfernt sind. Der polnische, durch die französischen Besatzungstruppen geübte und teilweise direkt begünstigte Terror ginge heute so weit, daß sogar die Transporte der im Reich befindlichen Dorschleifer zur Abstimmung gefährdet werden. Die Abmachungen der Parteien mit Korsantus seien außerordentlich oedauerlich und befremdend; es müsse geprüft werden, ob sie überhaupt als bindend anzuerkennen sind, um so mehr als Korsantus selbst und seine Leute nach den neuesten Nachrichten sich an das Abkommen in keiner Weise hielten. Die Unterdrückung aller Vorfälle durch eine neutrale Behörde sei aufs dringende zu wünschen, und die Tatsache, daß Franzosen und Polen heute bei den Kämpfen gegen Aufstand Waffenbrüder geworden sind, mache es unmöglich, daß wie bisher französische Besatzungstruppen in Oberschlesien den Auslöschung geben. Nach verüßigten Nachrichten haben die italienischen Besatzungstruppen sich durchaus korrekt benommen, und nicht nur englische Offiziere, sondern auch General Verond selbst haben zugeben müssen, daß Polen gegen die bestehenden Abmachungen und Geleise verstoßen habe. Das heißt, noch doch nichts anderes, als daß durch polnische Schuld die Grundlätze des Versailles Vertrages bezüglich Oberschlesiens erschüttert sind und daß der jetzige Zustand, dessen Folgen nach innen und außen man noch gar nicht absehen könne, auch nach französischem und englischem Zeugnis den Polen zur Last fällt. Man muß in diesem Zusammenhang vor allem auch an die schmerzlichen Folgen denken, die durch den verringerten bzw. gestoppten ober-schlesischen Kohlentransport eintreten werden. Die Ausführung des Abkommens von Spa erscheint schon heute aufs äußerste gefährdet. Unter Bezugnahme auf das bekannte Protokoll bezüglich Zulage ober-schlesischer Kohlelieferungen als Erlaß für übergroße Lieferungen von Ruhrkohle an Frankreich müsse ungesäumt der Entente Mitteilung gemacht werden. Ferner muß das Reich in ganz anderer Weise wie bisher finanzielle Mittel bereitstellen zur Unterstützung der ober-schlesischen Flüchtlinge; die nach bisherigen Nachrichten in umständlicher Weise gezahlten Unterstützungen genügen keineswegs, tragen vielmehr zur Verbitterung der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung bei, die sich vom Reich verlassen fühle. Bei der Auswahl der in der jetzigen schweren Zeit und in der Vorbereitungs zur Abstimmung tätigen Persönlichkeiten müsse die größte Sorgfalt beachtet und diejenigen müßten abberufen werden, die den Anforderungen nicht voll entsprechen. Ganz besonders wichtig sei es, den auch vom Reichskabinett des Auswärtigen erwähnten ober-schlesischen Deutschen bezüglich späterer Selbständigkeit in der Verwaltung ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken und die weitere Klärung dieser Frage zwischen Preußen und dem Reich nicht länger hinauszuschieben. Im ganzen könne die ober-schlesische Frage, die natürlich auch in höchstem Maße von den weiteren Ereignissen im Osten bestimmt werden wird, gar nicht ernst genug genommen werden und unser Interesse am Schicksal unserer ober-schlesischen Volksgenossen gar nicht groß genug sein.

Zur Lage in Oberschlesien.

Feider ist in Oberschlesien noch immer keine Ruhe eingetreten, da die Polen in fanatischer Weise immer neue Ausschreitungen begehen und dabei von den französischen Truppen anscheinend unterstützt werden. Wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, hat der deutsche Botschafter Dr. Mayer in Paris im Auftrag der deutschen Regierung der Friedenskonferenz eine neue Note überreicht, der Befundungen von 78 Augenzeugen über die ober-schlesischen Vorgänge beifügt sind. Es liegen noch nachstehende Meldungen vor: Kattowitz, 3. September. In der Stadt Kattowitz setzen die Franzosen die Hausdurchsuchungen nach Passen fort. Die verschärfte Kontrolle auf dem Bahnhof dauert an. Im Landkreis Kattowitz hält nach wie vor die große Unruhe fort. Besonders unruhig sind die Verhältnisse in Bogutschin, Eichenau, Boshin und Schoppin. Der in Miesitzowitz tätige Lehrer Schrobef wurde heute morgen in der Nähe von Przelais in der Briniga als Leiche aufgefunden. Auch im Kreise Pleß ist die Lage nach wie vor unsicher. In Orzech bei Tarnowitz wurde in der vergangenen Nacht ein Gattwirtschaftsgehöriger erschlagen und das dem Ehepaar gehörige Kolonialwarengeschäft ausgeplündert. Bautzen, 3. September. In vielen Orten Oberschlesiens wurden polnische Versammlungen abgehalten, in denen als Demonstration dagegen, daß die Italiener die Polen ebenso wie die Deutschen entwohnen, von neuem der Eintritt in den Generalstreik gefordert wurde. Die polnischen Bergarbeiter haben sich daraufhin bereit erklärt, am kommenden Montag die Arbeit niederzulegen und so lange im Streik zu verharren, bis die Italiener durch französische Truppen erzwungen seien. Im Kreise Netzebo hat eine 300 Mann starke polnische Bande verüßt, die in Wellendorf kantonierten italienischen Truppen durch Anzünden ihrer Baracken zu verbrennen. Bautzen, 3. September. Korsantus erläßt neuerdings einen Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens, in dem er die in letzten Tagen vorgekommenen verdammenwertigen Verbrechen als Untaten gewöhnlicher Banditen hinstellt. Er fordert die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung zum Kampfe gegen das Banditentum und zur Abkürzung der noch zurückgebliebenen Waffen auf. Die „Grenzzeitung“, das Organ Korsantus, bringt heute einen Leitartikel „Rehr Ruhe und Besonnenheit“, worin unter Hinweis darauf, daß die Polenführer ihr möglichstes getan hätten, um jeden Terror und Druck auszuschalten, und behauptet wird, daß es schade, als ob man auf deutscher Seite den Abschluß des Abkommens bedüre. Die Polenführer würden in gewohnter Weise verfeumdet. Der Denunziantentum werde von deutscher Seite nicht entgegengetreten. Das alles widerspreche den Vereinbarungen. Berlin, 4. September. Der Polizeipräsident von Breslau, Ernst, wurde durch Beschluß der preussischen Staatsregierung in den einseitigen Ruhestand versetzt. — Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Genosse Ernst ist ein entschiedener Gegner aller nationalitätlichen Ausschreitungen. Niemand wird ihm zumuten, daß er mit dem Angriff auf das französische Konsulat in irgend einer Weise sympathisierte. Trotzdem muß er über die Dinge sprechen, weil man ihn als den Chef der Sicherheitspolizei für deren Vergehen verantwortlich macht. Es fällt uns nicht ein, uns über diese Maßnahme, die aus internationalen Gründen notwendig geworden ist, aus Gründen persönlicher Parteilichkeit zu beklagen. — Im „Noten Tag“ schreibt Freiherr v. Veröner: Die verlangte Säube ist furchtbar schwer. Wir sind aber im Falle Breslau im Unrecht und müssen in dieser Erkenntnis mit voller Ruhe und Ueberlegung die französischen Forderungen prüfen. Nachdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß an den betrieblenden Vorfällen in Breslau die Franzosen wenigstens ebenso viel Schuld tragen, wie die Breslauer. Man darf nicht vergessen, daß eine große Anzahl schwer mißhandelter Flüchtlinge aus Oberschlesien während des Vorfalles in der Stadt waren. Diese armen Vertriebenen, die zum Teil nur das nackte Leben retten konnten, mußten schaukeln vor den blutigen Gewalttätigkeiten und den empörenden Bedrohungen der Polen sitzen, während gerade dem französischen Militär der Schutz von Oberschlesien anvertraut ist.

Der russisch-polnische Krieg.

Es zeigt sich immer mehr, daß die Polen infolge der französischen Hilfe gegenüber der russischen Armee das militärische Uebergewicht bekommen. Die Lieferungen aus Frankreich an Artillerie und Munition sowie Flugzeuge sollen enorm sein, und so hat Polen natürlich ein leichtes Siegen. Uns sind nachstehende Telegramme zugegangen: Basel, 3. September. Die „Daily News“ melden aus Warschau: Der Kampf um Vemberg, der seit vier Tagen im Gange ist, hat an Heftigkeit noch zugenommen. Nach der Ankunft beträchtlicher polnischer Verstärkungen von der Nordfront sind die bolschewistischen Angriffe zurückgewiesen worden. Bei Gegenstößen wurden bisher über 500 Bolschewisten gefangen genommen, 12 Geschütze und 40 Maschinengewehre erbeutet. Basel, 3. September. Die „Times“ wollen wissen, daß eine bolschewistische Gegenoffensive in Wirklichkeit nicht wahrscheinlich sei. Die russischen Verluste dürften nach alaubwürdigen Angaben 80000 Gefangene und 25000 Tote und Vermisste betragen. Die noch verbliebenen Reste der Armee von etwa 15000 Mann müßten nach Rußland zurückkehren, wo sie Monate benötigten, um reorganisiert zu werden. Rönigsberg, 3. September. Die Lage im Suwalki-

gebiet und an der polnischen Nordfront ist unverändert. Die Armee Budiennis befindet sich im weiteren Rückzug. Deßhalb von Vemberg, an der Onilaja-Lipa und am Dniepr finden örtliche Kampfhandlungen statt. Warschau, 3. September. Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit: Am 2. September morgens traf in Warschau folgender Junkpruch aus Moskau ein: An den Minister des Innern Sapieha, Warschau. Um alle Hindernisse, die den Abschluß des Friedens zwischen Sowjetrußland und der Ukraine und Polen hinauschieben, aus dem Wege zu räumen, nehmen die Sowjetregierung Rußlands und der Ukraine angesichts der Zustimmung der lettischen Regierung Riga als Verhandlungsort mit Polen an. Dabei wird die Bedingung gestellt, daß die persönliche Immunität der russischen und ukrainischen Delegation sowie die ihres Hilfs-personals, durch die lettische Regierung garantiert wird. Selbstverständlich ist auch die Gewahrung der Verbindungs-freiheit zwischen der Sowjetdelegation und ihrer Regierung durch Junkprüche und Kurier, deren Arten von jeder Revision frei sein müssen. Beide Sowjetregierungen erwarten nur die Antworten der lettischen Regierung, um dann ihre endgültige, bindende Zulage zu geben. Gleichzeitig wird die polnische Regierung davon verständigt, daß Adolf Joffe Vorsitzender der neuen russisch-ukrainischen Delegation für Riga ist. Es wird erütht, daß die polnische Regierung unverzüglich die Zusammenziehung ihrer Delegation mittelst. Die russische Delegation ist im Besitz ausreichender Vollmachten, die nicht nur zur Schließung des Waffenstillstandes und der Friedens-präliminarien, sondern auch zum Abschluß der endgültigen Friedensverhandlungen berechtigen. Sobald die Zulage der lettischen Regierung einläßt, wird sich die russische Delegation an den neuen Verhandlungsort begeben. gen. Volksgommissar Tschilskerin, Kommissar des Innern der Ukraine, Rasowski. Daraufhin hat Außenminister Sapieha den polnischen Botschafter telegraphisch angewiesen, die Zulage der lettischen Regierung über die genannten Forderungen dringend nachzu-suchen. Ferner soll der polnische Gesandte in Riga Lichtsche-rin und die polnische Regierung sofort über die Antwort Bet-randis in Kenntnis setzen.

Gefährliche Irrwege.

Nach Pressemitteilungen soll in einer Vertreterversammlung der freien Gewerkschaften und der Räte der Münchener Betriebsräte beschlossen worden sein, der Reichsregierung durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Ultimatum auf Herbeiführung eines Preisabbaues zu stellen, widrigenfalls zu einem Generalstreik aufgerufen werde. In diesem Beschluß halten sich ein Irrthümer Wandel an die Allmacht des Staates, sowie die Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge die Wage. So einfach liegen die Dinge nicht! Der Preis ist immer noch das Ergebnis von Warenangebot und Warennachfrage. Infolge des durch den Krieg verursachten Warenmangels hat sich heute ein riesenhafter Warenüberhang eingestellt. Dieser außerordentlich gesteigerten Nachfrage nach Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Fertigfabrikaten vermag aber die deutsche Volkswirtschaft auch nicht annähernd durch ein entsprechendes Angebot gerecht zu werden. Wir sind infolge des niedrigen Wertes unseres Markts nicht in der Lage, ausreichende Warenbestände zu den ungewöhnlichen Auslandspreisen heranzuschaffen, zumal eine bedingte Knappheit gerade an den wichtigsten Rohstoffen herrscht, die an sich schon eine ausreichende Einbedkung unauflöslich macht. Der Preis einer Ware kann höchstens bis zum Selbstkostenpreis heruntersinken. Wer darunter verkauft, würde sehr bald wirtschaftlich erstickt sein. Ein Grundiaz, der übrigens von den Gewerkschaften hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter rechtlos angewandt wird. Wer amerikanischen Lebensmittel und Fertigwaren kauft, um damit den einheimischen Bedarf zu decken, muß seinen Lieferanten in amerikanischen Gelde bezahlen. Genau so verhält es sich mit der Bezahlung aller anderen Auslandskäufe. Der Einkaufspreis hängt also hier, abgesehen von den Transportkosten der Ware, hauptsächlich vom Wert des ausländischen Geldes ab, ausgedrückt in deutscher Mark. Wie sich aber in letzter Zeit die Verhältnisse entwickelt haben, ist aus der folgenden Uebersicht der Kursentwicklung für drei der wichtigsten Devisen zu ersehen.

Table with 4 columns: Currency, 31. Mai 1920, 30. Juni 1920, 21. Aug. 1920. Rows: Holland für 100 Gulden, London f. 1 Pfund Sterling, New-York für 1 Dollar.

Daraus ergibt sich eine ununterbrochene harte Zielsetzung des Wertes des ausländischen Geldes gegenüber der deutschen Mark. Wer am 31. Mai noch ein englisches Pfund für das man in Friedenszeiten rund 20 Mk. bezahlte, für 145 bekam, mußte am 21. August an der Börse 183 Mk. dafür zahlen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die aus England bezogenen Waren in der angegebenen Zeit erheblich im Preise gestiegen sind, also Mitte August auf dem deutschen Markte nicht wohlfeiler abgegeben werden konnten, als Ende Mai. Auf der Seite der Warennachfrage spielt ebenfalls die ungewohrene Entwertung der Mark bei der Hochhaltung der Preise die ausschlaggebende Rolle. Der Umlauf an deutschen Reichsbanknoten hat sich seit dem 31. Juli 1917 von 8,9 Milliarden auf 56 Milliarden am 7. August 1920 vermehrt, das heißt, die Mark, die vor 3 Jahren noch etwa 99 Pfennig wert war, ist heute kaum mehr den zehnten Teil wert und wird durch die wachsende Ausgabe von Papiergeld dauernd weiter entwertet. Auf der andern Seite haben wir es demnach mit einer teuer eingekauften, stark nachgefragten Ware zu tun, der als Gegenwert ein dauernd sich entwertendes Papiergeld gegenübersteht, was als Endergebnis die unerträgliche Preissteigerung hervorbringt. An diesen Verhältnissen dürfte aber am allerwenigsten ein Generalstreik etwas bessern, eher das Gegenteil vom Gewornten erzielen!